

Antrag A6

Antragssteller*innen: LAG Palästinasolidarität, LAG Migrantische Linke /
LINKS*KANAX, BV Neukölln, LAG Internationals, LAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Für ein Berlin des Friedens – Wahlversprechen verbindlich umsetzen

Die Linke Berlin steht zu ihrem friedenspolitischen Auftrag und den Zusagen ihres Wahlprogramms. Eine Regierungsbeteiligung muss dazu beitragen, Berlin als Stadt des Friedens, der zivilen Wissenschaft und der sozial-ökologischen Entwicklung zu stärken.

5

Die bislang vorliegenden Vereinbarungen reichen aus Sicht des Landesparteitags nicht aus, um diesen Anspruch verbindlich abzusichern. Der Landesparteitag beauftragt deshalb den Landesvorstand und die Verhandlungsdelegation, folgende Forderungen in den Koalitionsverhandlungen zu vertreten und ihre Umsetzung im Koalitionsvertrag zu verankern:

11

1. Zivilklauseln verbindlich machen

Für die Berliner Hochschulen und Universitäten sollen Zivilklauseln eingeführt beziehungsweise bestehende Regelungen gesichert und ausgeweitet werden. Forschung und Lehre sollen der friedlichen Entwicklung der Gesellschaft dienen. Auch die Wirtschaftsförderung und die Vergabe landeseigener Flächen müssen verbindlich an zivile Zwecke gebunden werden. Dies gilt insbesondere für den Berliner Investitionsbonus, Förderungen und Wagniskapital der Investitionsbank Berlin sowie für die Förderung über WISTA und die Berliner Zukunftsorte.

20

2. Keine Landesförderung für Rüstungsprojekte

Rüstungsproduktion und militärische Forschung sind von der Landesförderung auszuschließen. Dieser Ausschluss muss auch für militärisch ausgerichtete Dual-Use-Projekte gelten. Eine zivile Bezeichnung darf nicht dazu dienen, militärische Zwecke zu verschleiern.

Wissenschaftliche Kooperationen sind anhand transparenter Kriterien auf ihre Vereinbarkeit mit den Zivilklauseln zu prüfen. Kooperationen, die friedlichen und zivilen Zwecken dienen, bleiben möglich.

29

3. Zivile Arbeitsplätze sichern und Konversion ermöglichen

Berlin braucht eine finanzierte Konversionsstrategie mit konkretem Zeitplan, um Rüstungsproduktion und rüstungsnahe Forschung auf zivile Aufgaben auszurichten. Beschäftigte, Betriebsräte, Gewerkschaften und wissenschaftliche Einrichtungen sind an ihrer Entwicklung zu beteiligen. Ziel sind der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Sicherung von Einkommen und die Nutzung vorhandener Kompetenzen für gesellschaftlich notwendige Produktion.

Die Linke setzt sich dafür ein, das geplante militärisch ausgerichtete Innovationszentrum in Adlershof zu verhindern beziehungsweise seine militärische Ausrichtung zu beenden. Für den Rheinmetall-Standort im Wedding soll eine zivile Produktionsperspektive an die Stelle der Rüstungsproduktion treten.

41

4. Kriegsdienstverweigerung unterstützen

42

Der bestehende Parteibeschluss zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerung ist umzusetzen. Unabhängige, niedrigschwellige und dauerhaft finanzierte Beratungsangebote sollen im Koalitionsvertrag verankert werden.

5. Keine Militarisierung durch die Hintertür

Die gegenwärtige Militarisierung bringt aufgrund der gestiegenen Bedeutung bestimmter, weitgehend auf Mikroelektronik basierender Techniken, neue Begriffe und Konzepte hervor, die unsere friedenspolitischen Grundpfeiler zu unterlaufen drohen. Dazu zählen "Resilienztechnologien" und "technologische Souveränität", Begriffe die zuletzt in „Mehr gemeinsam, mehr Berlin“ – dem sog. Sondierungspapier – Verwendung fanden. Hinter beiden Begriffen verbirgt sich eine mit dem militaristischen Programm der sog. "Zeitenwende" kompatible Denkweise. Die Rede von „Resilienztechnologien“ unterläuft gezielt Unterscheidungen von ziviler und militärischer Nutzung. Wir verwenden daher den Begriff nicht politisch-programmatisch. Dort wo Resilienzkonzepte wichtig werden, geben wir deren Ziel konkret an, bspw. Cybersicherheit und öffentliche Versorgung. Die Verwendung des Konzepts der "technologischen Souveränität" läuft Gefahr, strategische Entscheidungen in Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik an den Maßgaben der Kriegstüchtigkeit zu orientieren. Wir verwenden den Begriff daher nicht.

6. Umsetzung überprüfen und demokratisch rückbinden

Landesvorstand und Verhandlungsdelegation berichten dem Landesparteitag vor der Entscheidung über einen Koalitionsvertrag nachvollziehbar, welche dieser Forderungen vereinbart wurden und wo Konflikte fortbestehen. Die friedenspolitischen Ergebnisse sind ausdrücklich in die Bewertung eines möglichen Koalitionsvertrags einzubeziehen. Die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, diese Ziele in ihrer parlamentarischen Arbeit zu vertreten und bei Entscheidungen über Haushalt, Förderung, Wissenschaft und Landesflächen konsequent zu berücksichtigen.

Begründung: Viele Mitglieder und Unterstützer*innen haben für einen politischen Wechsel in Berlin gekämpft. Mit unserem Wahlprogramm haben wir versprochen, soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, eine lebenswerte Stadt und Friedenspolitik miteinander zu verbinden. Diesem Anspruch bleiben wir auch in Koalitionsverhandlungen verpflichtet.

Unser Wahlprogramm lehnt die Umwandlung ziviler Produktion in Rüstungsproduktion und die weitere Ansiedlung von Rüstungsindustrie und militärischer Forschung ab. Es fordert Zivilklauseln für Hochschulen und Wirtschaftsförderung sowie die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion. Diese Positionen müssen sich in konkreten Vereinbarungen wiederfinden.

Gerade bei knappen öffentlichen Mitteln braucht es klare Prioritäten: Berlin benötigt Investitionen in bezahlbares Wohnen, Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur. Landesförderung soll diesen Aufgaben dienen und zivile Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen.

Eine glaubwürdige Konversionspolitik nimmt die Interessen der Beschäftigten ernst. Sie verbindet die Ablehnung von Rüstungsproduktion mit konkreten Alternativen, verlässlicher Finanzierung und demokratischer Mitbestimmung.

Koalitionsverhandlungen bringen unterschiedliche politische Positionen zusammen.

Umso wichtiger ist ein klarer Auftrag der Partei. Dieser Antrag stärkt der

Verhandlungsdelegation den Rücken und schafft einen nachvollziehbaren Maßstab für

Die Linke Berlin
10. Landesparteitag, 2. außerordentliche Tagung
31. Oktober 2026

- 95 die Bewertung des Ergebnisses: Unsere friedenspolitischen Wahlversprechen müssen
96 verbindlich umgesetzt werden.